

Laibacher Zeitung.

Nr. 197.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 28. August

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

Mit 1. September

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. September bis Ende December 1868:

Im Comptoir offen	3 fl. 70 fr.
Im Comptoir unter Couvert	4 „ — „
Für Laibach ins Haus zugestellt	4 „ — „
Mit Post unter Schleifen	5 „ — „

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 27. August.

Der czechische Protest findet seine Beurtheilung nicht weniger in der unabhängigen und liberalen Wiener Presse, als in der ungarischen. Der „P. M.“ findet in der Kundgebung der czechischen Führer „nicht nur keine Spur eines positiven Gedankens, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europa's zur Grundlage der Existenz der Monarchie gemacht werden könnte,“ sondern im Gegentheil „ganz untrügliche Zeichen eines Hin- und Herschwankens, welches die czechischen Führer als unter dem Einflusse fremder, der Existenz der Monarchie feindlicher Strömungen stehend erscheinen läßt.“

„Hat etwa, fragt das Deatistische Pester Blatt, die Schlacht von Königgrätz die drohende Macht des Deutschthums in Oesterreich gesteigert? Gewiß nicht. Und wenn die czechischen Abgeordneten vor jener Schlacht durch den Eintritt in den Landtag ihre Nationalität nicht gefährdet haben, so dürften ihre Befürchtungen im gegenwärtigen Momente denn doch noch weit eher unbegründet und die wahren Motive ihrer jetzigen Abstinenz ganz anderswo zu suchen sein. Der Wind, der seit 1866 von Nordosten her mit fortwährend gesteigerter Kraft weht — dies und nichts anderes ist es, was das nationale Feuer in Böhmen zu solchen Flammen ausflodern ließ.“

„Die czechischen Abgeordneten — führt der „P.“ den 81 weiter zu Gemüthe — proklamiren die Personalunion. Können sie hoffen, daß es ihnen gelingen wird, diesen Standpunkt jetzt geltend zu machen, wo sogar Ungarn von demselben rechtlich zwar nicht abgegangen ist, factisch aber dem Bestande der Monarchie denn doch erhebliche Concessionen gemacht hat?

„Als die czechischen Abgeordneten zwischen dem Eintritt oder dem Fernbleiben ihre Wahl trafen, haben sie also eigentlich zwischen einer völlig hoffnungslosen Politik oder der Vertretung einer anderen Bahn zu wählen gehabt, die schließlich vielleicht doch zu einer befriedigenden Auseinandersetzung hätte führen können. Sie haben sich für die Hoffnungslosigkeit, für die erbitterte Negation, für die sterile Passivität entschieden.“

Das Organ des Herrn v. Bismarck, die „N. N. Ztg.“ bemerkt über die Taktik der Czechen:

„Die czechische Partei dürfte durch das Wegbleiben vom Landtage ihrer Sache einen schlechten Dienst geleistet haben. Eine Partei, welche von der Arena der politischen Thätigkeit verschwindet und sich in den Schmolwinkel eines passiven Widerstandes zurückzieht, gibt sich dadurch selbst preis.“

Nach dem Rathe dieses Berliner Blattes soll die österreichische Presse die Czechen in ihrer Neigung zur Zurückgezogenheit unterstützen und der czechischen Opposition nicht eine Bedeutung beilegen, welche sie nicht verdient. *Fas est et ab hoste doceri*, zu deutsch: auch von Berlin kann unter Umständen guter Rath für Oesterreich kommen. Uebrigens glaubt man, daß der böhmische Landtag die Erklärung der 81 zugleich als eine Mandatsniederlegung betrachten und demgemäß zur Ausschreibung neuer Wahlen schreiten werde. Ein Appell an das Volk dürfte ganz unerwartete Resultate liefern.

Zu der auswärtigen Politik herrscht gegenwärtig fast überall schön Wetter und eitel Friedensstau mel. Die „France“ beschwört das Capitel, zu vertrauen und vor Unternehmungen nicht zurückzuschrecken. In der That wäre es auch unverantwortlich, das Capitel in die Arena des Verkehrs hinauszulocken und es dann in der Schlingen eines allgemeiner Bankrottes zappeln zu lassen. Man kann daher glauben, daß die Friedenszuversicht in Paris eine ernstlich gemeinte, wenigstens für die nächste Zukunft, ist. Auch die Ernennung Lagueronniere's zum Gesandten ist, wie uns die „France“ versichert, nichts als ein Friedenssymptom. Sie sagt darüber in einem bereits telegraphisch signalisirten Bericht: „Die Politik der französischen Regierung gegen Belgien war stets von einem Geiste aufrichtiger Freundschaft geleitet, welchen gegenwärtig nichts zu verändern oder zu schwächen geeignet ist. Wenn Herr v. Lagueronniere die Wahl des Kaisers auf sich gelenkt hat, so geschah es, davon sind wir überzeugt, weil er bei allen Gelegenheiten seine Sympathien für Belgien, seine Achtung für die Nationalität und die Einrichtungen dieses Landes mit Entschiedenheit bethätigt hat. Herr v. Gi-

rardin selbst, der wirkliche Führer der Politik des Krieges, hat in einem übrigens von Gerechtigkeit und persönlichem Wohlwollen eingegebenen Artikel der Sendung des Herrn Lagueronniere nach Brüssel die Bedeutung zu nehmen gesucht, welche man ihr von gewissen Seiten hat geben wollen. Es ist in der That schwer, die diplomatische Mission des ehrenwerthen Senators mit ernstesten Eventualitäten in Zusammenhang zu bringen, wenn man sich erinnert, daß er einer der überzeugtesten Vertheidiger der Politik des Friedens ist, jener Politik, welche, außer Stande eine Verletzung der Größe und Würde unseres Landes hinzunehmen, ebenso entschlossen ist, sich nicht von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Mäßigung zu entfernen, welche ihre Ehre und ihre Kraft sind.“

Die Gerüchte über Schutz- und Trugbündnisse oder doch Handels- und Zollverträge mit Belgien, Holland und der Schweiz sind augenblicklich so entschieden demontirt worden, daß man ihnen keine große Aufmerksamkeit mehr widmet, und sie werden vielleicht bald von der Tagesordnung verschwunden sein, um — wie ein Correspondent der „N. Ztg.“ meint — vielleicht in sechs Monaten wieder aufzutauhen, gerade so wie dieselben bereits vor einem Jahre durch die Blätter liefen, ohne durch die Thatfachen bestätigt zu werden. Nach einer Correspondenz der „Debatte“ aus der Ostschweiz ist man dort überzeugt, daß den gedachten Gerüchten etwas Wahres zu Grunde liege, daß die Allianz-Frage in Paris studirt werde, und man behält daher das auch die Schweiz angehende Project scharf im Auge. Der Correspondent erinnert daran, daß das Project zum ersten male schon im September 1866 auftauchte, d. h. zu der Zeit, als Napoleon darauf verzichtet hatte, aus den Ereignissen jenes Jahres für Frankreich irgendwie Vortheil zu ziehen oder irgend welche Compensation für die unzulänglich und im großartigsten Maßstabe eingetretene Verschiebung der europäischen Verhältnisse zu erlangen, und mit Resignation bemüht war, sich die Veränderung zurecht zu legen. In der Schweiz fiel die Idee auf sehr unfruchtbaren Boden und fand sehr wenig Anklang, was auch heute noch durchaus der Fall ist. Sehr richtig scheint denn auch der vorsichtige Kaiser der Franzosen die Schweiz, die er von früherer Zeit her sehr gut kennt, in dritte Linie gestellt zu haben, obgleich es auf der Hand liegt, daß eine engere Heranziehung der Schweiz für die europäische Stellung Frankreichs mit Bezug auf Deutschland und auf Italien kaum eine geringere Bedeutung hätte, als eine solche Belgiens. Der praktische Schweizer glaubt an die Befestigung des Nordbundes und dessen Ausbreitung über

Feuilleton.

Laibacher Mysterien.

Local-Novelle.

Erstes Capitel.

Fatale Situationen.

(Fortsetzung.)

Als die Nacht völlig hereingebrochen war, begab er sich nach dem Käfig, worin der reizende Vogel bereits gefangen saß. Die alte Creatur hatte ihm alle Schlüssel überbracht und sich dann entfernt, so daß Adele sich ganz allein im Häuschen befand. Vor dem Garten angelangt, drehte er den Schlüssel um, trat ein und schloß sich an, die Thüre wieder zu schließen. In diesem Momente fühlte er sich hinten am Halse gepackt und zu Boden gerissen; über seinem Kopfe zeigte sich in drohender Nähe ein scharfes Hundgebiß, so daß der heiße Athem über sein Gesicht strich; zugleich hatte Caro — denn er war es — seine mächtigen Taten ihm auf die Brust gelegt. Sobald Müller Miene machte, sich zu erheben, fletschte der Hund knurrend die Zähne und schien ganz entschlossen, dieselben in dessen Gesicht einzuschlagen. Ein Kampf mit dem großen Thiere bot, abgesehen von der hilflosen Lage, Müller keine günstigen Chancen; ebenjowenig getraute er sich um Hilfe zu rufen, denn dann müßte er auf seine Beute verzichten. Er verfluchte seine Unvorsichtigkeit, die ihn gerade heute seine Pistole und sein scharfes Dolchmesser zu Hause vergessen ließ. So beharrte er denn in dieser fatalen Situation, ohne sich zu rühren, denn der Hund, der sich hart neben ihm am Boden gelagert, bewachte jede seiner Bewegungen und

nahm bei jeder Veränderung der Lage von Seite seines Feindes die drohende Stellung wieder ein.

„Versuchte Bestie!“ flüschte Müller, „wie konnte das Thier über die Bretterwand in den Garten gelangen? Oder ist es mit Adele selbst eingedrungen? Dann müßte es bei ihr im Gemache sein. Die alte Hexe hat mir keine Silbe davon erzählt. — Wenn mich die Bestie nicht anlächelt, so habe ich die reizende Aussicht, nicht nur die Nacht hindurch in dieser Situation zu bleiben, sondern auch den Tag über, so lange es dem Thiere beliebt. Ein Glück noch für mich, daß das Wetter trocken bleibt.“

Was den letztern Punkt anbelangt, mußte Müller wirklich sehr zufrieden sein, denn Caro zeigte nicht die mindeste Ermüdung, nicht den geringsten Ueberdruß in seinem Aume, seine Stellung war immer gleich lanernd, man hätte ihn darin ganz gut photographiren können. Indeß war das harte und dennoch feuchte Gedröck für Müller kein angenehmes Lager, schon schüttelte der Frost seine Glieder und der Schmerz seiner kaum geheilten Hand begann sich von neuem zu melden; überdies fiel gegen Morgen der Thau in reichlicher Menge auf ihn herab. Müller gestand sich, daß er um den Besitz eines Mädchens noch nie so viel gelitten.

Endlich brach der Tag an, die Sonne stieg über den Bergen empor; aber auf Caro schien die Schönheit des Morgens und der Aufgang der Sonne keinen Eindruck zu machen, er traß nicht die geringsten Anstalten, den Wachenposten aufzugeben.

Es mochte gegen sieben Uhr sein, als draußen Schritte das Herannahen eines Menschen andeuteten; der Eigenthümlichkeit der Tritte nach mußte es ein Weib sein. Der Hund horchte gespannt, ohne jedoch Müller aus den Augen zu lassen. Die Thüre ging auf und das rnzliche Gesicht der Alten sah vorsichtig herein, und erschrad nicht wenig über die eigenthümliche Situation Müller's. Dieser er-

wartete, sein Wächter werde nun sofort über die alte Hexe herfallen und er selbst auf diese Art Zeit gewinnen, durch die offene Thüre zu entschlüpfen, aber er täuschte sich, denn Caro rührte sich nicht und ließ die Alte anstandslos passiren. Diese hätte Müller gern erlöst, aber auf welche Art? Sie errieth zwar sogleich den Zusammenhang, nur konnte sie sich die Anwesenheit des Hundes nicht erklären, da ihn doch Adele gestern zurückgeschickt hatte. Sie versuchte daher durch Lärmen vor Adels Thir die Aufmerksamkeit desselben auf das Häuschen zu lenken, aber vergeblich. Caro horchte wohl auf, aber, als wüßte er, daß von dort seiner Herrin keine Gefahr drohen konnte, verharnte er in seiner Stellung.

Plötzlich erscholl vom Häuschen her eine schwache Stimme:

„Caro! Caro!“

Der Hund stuzte, spitzte die Ohren, sprang auf und lief fort. Kaum sah sich Müller frei, so erhob er sich so schnell, als es ihm seine ermatteten Glieder erlaubten, schlüpfte durch die Thir und hinkte davon, fürchterliche Zitterzähne zwischen den klappernden Zähnen hervorstoßend.

„Die Bestie soll Dich doch nicht schütten! Du bist in meiner Gewalt, und was mir in dieser Nacht nicht gelang, wird mir in der kommenden gelingen, ich schwöre es bei Deinen Reizen. Bei Tage könnte Dein Geschrei zufällig Vorübergehende aufmerksam machen, ich verschiebe es also bis zur Nacht; entrinnen kannst Du ohnehin nicht und Dein verdammter Hund wird heute zum letzten male Dich beschützt haben.“

Mit diesem Monologe schritt Müller langsam seiner Wohnung zu und schloß sich ein. Niemand hatte ihn bemerkt.

Arme Adele! Du warst doch verloren, wenn bis dahin nicht Hilfe kam. —

(Fortsetzung folgt.)

Süddeutschland und erklärt sich die Allianzbestrebungen Frankreichs durch das natürliche Expansionsbedürfnis gegenüber dem übermächtigen, auch die ehemals deutschen Provinzen Frankreichs bedrohenden Preußen. Die Idee einer Zollvereinigung mit Frankreich hat übrigens für den freihändlerischen Schweizer nichts Lockendes. Zu einem Schutz- und Trutzbündnisse gegen Deutschland wäre aber die Schweiz nie bereit. Wir begreifen die Selbstgenügsamkeit des Schweizlers, aber er braucht nicht weit in seine Geschichte zurückzugreifen, um zu finden, daß die Neutralität der Schweiz nur so lange geachtet worden ist, bis sie der strategischen Nothwendigkeit weichen mußte.

Der Rechenschaftsbericht des krainischen Landesauschusses

für die Zeit vom 29. December 1866 bis Ende Juli l. J. liegt uns vor. Er umfaßt in gegenüber stehendem deutschen und slovenischen Texte 43 S. in 4^o und zerfällt in 14 Paragraphen, und zwar: 1. Gesetzgebung; 2. Grundsteuer; 3. Grundlastenablösung; 4. Landes-culturangelegenheiten; 5. incamerirter Provinzialfond; 6. Gemeindeangelegenheiten; 7. Communicationsmittel; 8. Landesanstalten; 9. Schulen; 10. Stiftungen; 11. neue Gerichtsorganisation; 12. polizeiliche Vorkehrungen; 13. Personalien; 14. Geschäftsbehandlung und Verwaltung im allgemeinen. Wir wollen dasjenige, was aus dieser Relation nicht bloß von administrativem Interesse ist, hier kurz anführen.

Im Fache der Gesetzgebung hat der Landtag Vorlagen über einige Aenderungen an der Landtagswahlordnung vom 26. Februar 1861 ausgearbeitet, welche im Laufe der Session zur Verhandlung kommen werden. Ueber die bereits am 30. November 1866 beschlossene Hundesteuer wurde eine Vorlage ausgearbeitet, wonach jede Stadt- und Landgemeinde ermächtigt wird, eine Hundesteuer, mit 1—3 fl. auf dem Lande und 4 fl. in der Landeshauptstadt zu Gunsten der Gemeindecasse einzuführen.

In der Grundsteuerfrage wurde dem Ansuchen des Landtags um Herabsetzung des Steuerprocentes von 16 auf 12 oder Nachlaß einer fixen Pauschalsumme pr. 150.000 fl. keine Folge gegeben.

In ersterer Beziehung beruft sich das hohe k. k. Finanzministerium einfach auf seine in der Note vom 11. Juli 1866, Z. 22.702, an das k. k. Staatsministerium entwickelten, mit Zuschrift des k. k. Landespräsidenten vom 24. Juli 1866, Z. 2004, intimirten Gründe; den Nachlaß der erwähnten Pauschalsumme hält es aber aus dem Grunde für unstatthaft, weil die Ermittlung dieser Summe ganz unzuverlässig und arbiträr sei; weil zur Vertheilung derselben unter die einzelnen Contribuenten nach Maßgabe ihrer relativen Steuerüberbürdung jeder verlässliche Anhaltspunkt fehlen würde oder doch wieder zu detaillirten Localerhebungen geschritten werden müßte, welche durch den Antrag des Landtages eben vermieden werden wollten; weil ferner die Bewilligung einer so bedeutenden fixen Nachlaßsumme, welche mit Hinzurechnung des Drittel- und des Kriegszuschlages sich auf 237.500 fl. belaufen würde, während für das Jahr 1865 auf Grund möglichst verlässlicher Localerhebungen in Berücksichtigung der Ueberbürdung und der Elementarunfälle cumulation nur 149.277 fl. 43 kr. zur Abschreibung bewilligt worden sind, ein sehr namhaftes und völlig unbegründetes Opfer erheischen; und weil sie endlich auch in der allerhöchsten Entscheidung vom 31. December 1864 nicht begründet sein würde, da in Folge derselben dem Herzogthume Krain in Würdigung der angeblichen Steuerüberbürdung und sonstiger mißlichen Verhältnisse zwar alljährlich Steuererleichterungen zugewendet werden dürfen, die Feststellung einer fixen Ueberbürdungsquote ein für allemal und die Abschreibung eines bestimmten Steuerbetrages auf Grund dieser Quote aber keineswegs damit gestattet worden ist. Das hohe k. k. Finanzministerium verweist schließlich das Land auf die Ergebnisse der durch die Inangriffnahme der Reambulirung bereits eingeleiteten Revision des Catasters und erklärt, nicht in der Lage zu sein, von dem bisher beobachteten Modus bei Durchführung der allerhöchsten Entsch. vom 31. December 1864 abzuweichen.

Für das Jahr 1866 kommen auf Grund der allerhöchsten Entscheidung vom 31. December 1864 laut Mittheilung der k. k. Finanzlandesdirection ddo. 16. November 1867, Z. 877 Pr., nachstehende Grundsteuernachlässe zur Abschreibung: a) aus dem Titel der Uneinbringlichkeit 687 fl. 19 kr. an Grundsteuer Drittel- und Kriegszuschlag; b) aus dem Titel der schlechten Ernte 126.124 fl. 20 kr.

Die vom k. k. Finanzministerium angeordnete Vermessungsreambulirung wurde vielfach dahin gedeutet, daß es sich um eine weitere Steuerbelastung handle. Die zu diesem Zwecke gemachten Erhebungen und Nachfragen führten zu dem beruhigenden Resultate, daß es sich gegenwärtig nur um die Nichtigstellung der Vermessungsoperate handelt, daß aber die Ertrags-schätzung einer späteren Zeit nach Feststellung der betreffenden Grundstücke im verfassungsmäßigen Wege, und zwar unter Intervention der Landes- und Gemeindevertretungen, vorbehalten bleibt.

Die Grundlastenablösung ist soweit abgewickelt, daß es sich nur noch um die Entfertigung von 1299 Anmeldungen mit 63525 Rechten handelt. Die ganze, bisher durch Ablösung entlastete Fläche umfaßt 202.678 Joch Wald und 81.324 Joch sonstiger Cultur. Regulirt ist eine Fläche von 16.965 Joch Wald und 12671 Joch sonstiger Cultur. An Ablösungsäquivalenten sind ermittelt worden:

1. Im baaren Gelde 144.396 fl. 65 kr., wobei bemerkt wird, daß bei 11.150 Rechten eine theilweise Compensations eingetreten ist.

2. An Grund und Boden mittelst Abtretung: 49.813 Joch Wald und 41.431 Joch sonstiger Cultur, dann mittelst Theilung von 4183 Joch Wald und 14.486 Joch sonstiger Cultur.

Der Landesculturfond, bestehend aus den Strafgebern, die bei Handhabung des Forstgesetzes verhängt werden, wurde in Folge a. h. Entscheidung vom 3. März l. J. in die Verwaltung des Landes übergeben. Er betrug bei der Uebergabe in Obligationen 9917 fl. und im Varen 37 fl. 49 kr.

Der Landesauschuß hat ein Gutachten über den Entwurf einer Fischereiordnung der k. k. Landesregierung vorgelegt.

Ueber die Theilung der Wechselgründe und der Gemeindefutweiden werden besondere Vorlagen erfolgen.

Was den incamerirten Provinzialfond betrifft, so hat der Landesauschuß einen Erfolg zu verzeichnen. Denn nach Mittheilung des k. k. Landespräsidenten ddo. 17. Juli l. J. Z. 1172 wurde nicht nur die Nachzahlung des für die Jahre 1861, 1862 und 1863 rückständigen Dotationsrestes pr. 9160 fl., recte 8980 fl. 9 1/2 kr., und für das laufende Jahr eine Dotation pr. 12.000 fl. für den ständischen Fond durch das allerhöchste sanctionirte Finanzgesetz für das Jahr 1868 bewilligt, sondern es hat das hohe k. k. Finanzministerium auch die Zusicherung ertheilt, daß es nächstens Anträge wegen Herausgabe des Provinzialfondes an den hohen Landtag werde gelangen lassen.

Es ist kein Zweifel, daß das Streben der hohen Regierung, den Wünschen des Landes gerecht zu werden, volle Anerkennung finden werde.

Gemeindeangelegenheiten. Es wurde ein Preis für ein deutsch-slovenisches Handbuch für Gemeindevorsteher ausgeschrieben und dem diesfälligen, vom k. k. Bezirksvorsteher Anton Globočnik in Adelsberg herausgegebenen Werke zugesprochen, dessen erster Band bereits erschienen, der zweite bald vollendet sein wird und den Gemeinden zur Anschaffung empfohlen wurde.

Die Zusammenstellung eines Gemeindefachenschemas ist im Zuge.

Zur Regelung der Gemeindefachens hat der Landesauschuß ein Gesetz entworfen, das in dieser Session discutirt werden wird.

Vielfache Beschwerden wegen Verweigerung der Ehemeldzettel durch Gemeindevorstände und Ausschüsse, die hierüber eingeholten Aeußerungen dieser, wie nicht minder directer Gesuche der Gemeinden ließen keinen Zweifel darüber, daß es der einstimmige Wunsch des Landes sei, durch Einführung der Eheconsense dem häufigen leichtsinnigen Heiraten und der die Gemeinden schwer belastenden fortschreitenden Verarmung vorzubeugen. Der Landesauschuß glaubte daher den Ansichten des Landes durch Ausarbeitung einer bezüglichen Gesetzesvorlage Ausdruck geben zu sollen, ist jedoch später von diesem seinem Beschlusse abgegangen, weil zuverlässige Mittheilungen darüber keine Zweifel ließen, daß die hohe Regierung Vorlagen zur Aufhebung der bestehenden Eheconsens-Vorschriften beabsichtige, daher ein entgegengesetzter Landtagsbeschuß wohl keine Aussicht hätte, die höhere Genehmigung zu erlangen.

In der Angelegenheit des durch die, Ende 1868 eintretende Auflösung der Bezirks-cassen in Frage gestellten Instituten der Bezirkswundärzte und Hebammen wird der Landtag die nöthige Vorsorge, sei es durch Einführung der in Steiermark bereits mit Nutzen thätigen Bezirksvertretungen, sei es in anderer Weise, zu treffen haben.

(Fortsetzung folgt)

Krainischer Landtag.

4. Sitzung.

Laibach, 27. August.

Die Sitzung wird um 10 1/2 Uhr eröffnet.

Anwesend als Vertreter der Regierung Landesregierungsrath Roth.

Der Landeshauptmann theilt mit, daß sich der Ausschuß für die Zwangsarbeitshausangelegenheit constituirt, den Abg. Peter Rosler zum Obmann und den Abg. Savinscheg zum Schriftführer gewählt habe.

Sodann legt der Vorsitzende nachstehende Vorlagen auf den Tisch des Hauses: 1. Regierungsvorlage, betreffend das Gesetz über die Real-schulen; 2. Landtagsvorlage betreffend die Vertheilung der Futweiden und der Wechselgründe.

Es referirt Abg. Costa namens des Landesauschusses über die Aenderung der Landtagswahlordnung, theils auf Grund der Beschlüsse des Landtags vom 21.

December 1866, theils auf Grund der seitdem geänderten Verhältnisse und der bei den letzten Landtagswahlen gemachten Erfahrungen. Der Landesauschuß legt zwei Gesegentwürfe vor, von denen der eine die §§ 3, 5, 7, 8, 9, 12, 13, 15, 16, 18, 32 und 37 und der andere die §§ 10 und 11 der Landtagswahlordnung vom 26. Februar 1861 betrifft und welche wir mit dem einschlägigen Referate zur Orientirung in diesem wichtigen Gegenstande vollinhaltlich mittheilen werden.

In der hierüber eröffneten Generaldebatte erhält Abg. Kromer das Wort. Er sagt, er habe schon seinerzeit, als der Gegenstand im Ausschusse berathen wurde, diese Berathung für unzeitgemäß erklärt und darauf aufmerksam gemacht, daß das neue Grundgesetz über die Reichsvertretung abzuwarten sei, die Majorität sei jedoch der Ansicht gewesen, daß dies nicht im Wege stehe, indem durch das neue Gesetz jedenfalls die Autonomie der Länder eine Erweiterung erfahren werde. Er erinnert weiter daran, daß in den Wahlkörper des Großgrundbesitzes die nicht landtäflichen Güter nicht einbezogen werden dürfen (Dr. Toman lacht laut auf). Kromer sagt, er habe damals seine Ansicht nur auf § 7 des Feudalpatents gründen können, welcher die Wahl nach Curien normirt, er sei der Ansicht gewesen, daß Anträge auf Aenderung der Landtagswahlordnung der Competenz des Reichsrathes unterliegen, daß daher diese Aenderungen dem Reichsrathe zu überlassen seien; das Grundgesetz über die Reichsvertretung halte an der Wahl nach Curien fest, er glaube, daß eine Aenderung in der Feststellung der Gruppen, wie sie der Landesauschuß beantragt, nur über Antrag der Landtage durch ein Reichsgesetz erfolgen könne (Dr. Toman: Stille!) (Hört!)

Es sei aber allerdings als eine Aenderung des Grundgesetzes anzusehen, wenn z. B. 100 nicht landtäfliche Besitzer in die Gruppe des Großgrundbesitzes einbezogen werden. Die vorliegenden Anträge des Landesauschusses können nach § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung nur durch den Reichstag votirt werden. Er sei überzeugt, daß die Vorlage in der Form als Landesgesetz die a. h. Sanction nicht erhalten werde.

Dr. Toman (in großer Erregung) spricht seine Verwunderung aus, wie Abg. Kromer so zuversichtlich von der Nichtsanction der Landtagswahlenreden reden könne, er erinnert ihn an das Beisammensein im Reichsrath, aus welchem Beide in den Landtag zurückgekehrt sind, hoffentlich nicht als Feinde; er widerspricht, daß der Landtag nicht competent wäre, die Aenderung der Landtagswahlordnung zu beschließen; § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung stehe nicht im Wege, er könne nicht ein Steinchen von unserer Landesordnung hinwegnehmen, niemand sei über diese Herr, als der Kaiser und der Landtag, übrigens habe bei dem Zustandekommen des Grundgesetzes über die Reichsvertretung, an welchem er selbst Theil genommen, nicht die Absicht abgewaltet, die Landesordnungen zu schmälern, es sei ein Bedürfnis, daß die Landesordnung in einer Weise abgeändert werde, daß das Volk in den Landtag komme, nicht Fremde, welche uns beherrschen wollen (Beifall der Gallerie); schließlich beantragt Redner, zur Berathung über den Bericht des Landesauschusses einen eigenen Ausschuß aus 9 Mitgliedern zu wählen, und widerlegt bei diesem Anlasse die Einwände des Abg. Deschmann bezüglich der Bildung so vieler Ausschüsse durch die Nothwendigkeit, daß der Landtag durch seine Mitglieder selbst an den Arbeiten theilnehme und nicht den Landesauschuß zur ausschließlichen Herrschaft kommen lasse.

Der Antrag wird unterstützt.

Berichterstatte Dr. Costa erhält das Wort, um die Theorie des Abg. Kromer von der Unmöglichkeit einer Abänderung der Landtagswahlordnung mit Rücksicht auf die Reichsvertretung, zu bekämpfen, er fragt, warum Kromer nicht die volle Consequenz aus seiner Anschauung ziehe, nach derselben hätte ja der Landtag über die Aenderung der Landtagswahlordnung gar nichts zu reden. (Beifall der oberen Gallerie.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Dr. Toman mit großer Majorität angenommen. Die Sitzung wird behufs der Wahl unterbrochen, es erscheinen nach dem vorgenommenen Scrutinium gewählt die Abg.: Kromer, Costa, Gariboldi, Kalleneberger, Langer, Toman, Tavčar, Bleiweis, Svetec.

(Der Herr Landespräsident Conrad v. Eybesfeld erscheint auf der Tribüne.)

Abg. Kromer referirt über die Pauschalirung der Kanzlei- und Antersfordernisse bei den land-schaftlichen Hilfsämtern und Landesanstalten.

Abg. Tavčar stellt den Antrag, das Referat dem Finanzausschuß zur Berichterstattung zuzuwenden. Wird angenommen.

Dr. Bleiweis referirt über die vom Landtage beschlossene Einführung der Hundesteuer. Er fügt dem deutschen Referate noch einige Erläuterungen in slovenischer Sprache hinzu, indem er hervorhebt, der Zweck der Vorlage sei kein finanzieller, sondern die Sanitätsrück-sicht sei die entscheidende gewesen; er beruft sich auf die eminente Gefährlichkeit des ausschließlichen Hundes und Ragen sich bildenden Wuthstiftes, er behauptet, daß die hohe Regierung den Gesegentwurf nicht bei der ersten Vorlage genehmigt habe, und daß sie eben in diesem Falle so sehr um die Autonomie der Gemein-

den besorgt gewesen (weil nämlich im ersten Entwurfe der Landtag eine Hundeordnung sammt Vollzugsvorschriften für alle Stadt- und Landgemeinden beschloffen und dadurch sich eine ihm nicht zusiehende Executive angemacht habe). Er motivirt sodann die Aenderungen in dem vorliegenden Entwurfe, der nunmehr nur aus zwei Abtheilungen bestehe; die früher auf 2 fl. für alle Landgemeinden festgesetzte Steuer sei jetzt auf 1 bis 3 fl., je nach den Umständen der einzelnen Gemeinden abgestuft. Eine zweite Aenderung betreffe die im § 2 statuirte Ausnahme für einschichtige Gehöfte, die eines Wächters bedürfen. Früher lautete dieser Ausdruck „ausgenommen sind die für gewisse Beschäftigungen notwendigen Hunde.“ Dr. Bleiweis beantragt übrigens namens des Ausschusses die Abänderung des Ausdruckes Gehöfte in „Besitzungen.“ Es wird die Generaldebatte eröffnet.

Abg. Kallenecker ist mit dem Princip des Gesetzes einverstanden, als einer Präventivmaßregel gegen die Hundewuth. Wollte man aber dieses Princip consequent durchführen, so dürfte das Gesetz nicht facultativ, sondern es müsse imperativ sein. Er kenne die Stimmung des Hauses über den Gesetzentwurf nicht, es lasse sich allerdings gegen die imperative Einführung manches vom Standpunkte der Gemeindeautonomie anführen; indessen wolle er dagegen bemerken, daß nur rein finanzielle Abgaben an Gemeindebehörden gebunden seien, die Hundesteuer unterliege ihrer Natur nach (als von Sanitätswegen eingeführt) keinen solchen Beschränkung und es sei daher ein imperatives Vorgehen nicht gegen die Gemeindeautonomie. Uebergehend zum § 2 meint Redner bezüglich der Ausnahmen, es sollen dieselben erweitert werden, dahin, daß die Unentbehrlichkeit des Hundes für landwirthschaftliche oder gewerbliche Zwecke zur Steuerbefreiung genüge.

Bezüglich der vom Landesausschusse im Einvernehmen mit der Landesregierung zu vereinbarenden Hundeordnung sammt Vollzugsvorschrift beantragt Redner, daß die von jeder Gemeinde einzuführenden Ausführungsbestimmungen der Genehmigung des Landesausschusses vorbehalten werden sollen. Er schließt damit, daß er vorbehaltlich der im § 2 ausgesprochenen Einführung seiner Absicht ausdrückt, die imperative Einführung durch größeren Spielraum bei der Steuerfreiheit auszugleichen. Für den Erfolg haften ohnehin die Vollzugsvorschriften.

Der Herr Landespräsident bemerkt im Namen der Regierung mit Bezug auf die schon im vorigen Landtage abgegebenen Erklärungen, es werde ihrerseits keinem Anstande unterliegen, daß eine Hundeordnung als polizeiliche Directive, von der Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Landesausschusse entworfen, und dieselbe lediglich den Gemeinden als Leitfaden an die Hand gegeben werde, ohne daß ein imperativer Einfluß auf dieselben weder bezüglich der Einführung der Hundesteuer noch bezüglich einer Hundeordnung genommen würde, da das Interesse der Regierung sich darauf beschränkt, daß die autonomen Gemeinden ihrer Pflicht gemäß auch in dieser Beziehung für die Sanitätspolizei Sorge tragen, die Mittel hierfür aber den Gemeinden innerhalb der Gesetze zur eigenen Wahl überlassen bleiben.

Dr. Toman kann nicht für die Einführung der Hundesteuer stimmen, so lange ihm nicht bewiesen werde, daß der beabsichtigte Zweck, Verhütung des Wuthausbruches, erreicht werde; er findet den eigentlichen Grund in der Unmöglichkeit der Befriedigung des natürlichen Triebes, und so lange dieser Grund durch die Hundesteuer nicht beseitigt werde, könne er nicht für deren Einführung stimmen. Er ist auch gegen die zwingende Einführung.

Dr. Bleiweis widerlegt den Dr. Toman und zeigt, daß mit der Zahl der Hunde auch die Wuthkrankheit vermindert werde.

In der nun folgenden Specialdebatte stellt Dr. Kallenecker seine Abänderungsanträge a) zu § 1: jede Stadt- und Landgemeinde hat eine Hundesteuer einzuführen.

Dr. Bleiweis dagegen spricht seine Ueberzeugung aus, daß ein Zwang unnütz sei, alle Gemeinden werden schon aus Rücksicht auf ihren Vortheil diese Steuer einführen, 15 haben schon früher um eine Hundesteuer petitionirt.

Der Antrag des Dr. Kallenecker bleibt bei der Abstimmung in der Minorität und der Paragraph wird in der Fassung des Landesausschusses angenommen.

Der zweite Antrag Dr. Kallenecker's, es seien Hunde, die „zu landwirthschaftlichen und gewerblichen Zwecken“ nothwendig sind, ausgenommen, wird unterstützt.

Abg. Graf Margheri führt an, daß Fälle der Hundewuth gerade bei abgelegenen Gehöften am häufigsten vorkommen, daß die Hunde der Jagd, der Wein- und Hühnerhöfen Schaden bringen. Er ist daher gegen jede Ausnahme. Der Antrag Margheri wird unterstützt.

Dr. Bleiweis findet in dem vom Dr. Kallenecker beantragten imperativen Vorgehen einen Widerspruch mit der andererseits erweiterten Befreiung, diese werde zu vielen Gefährlichkeiten Anlaß geben. Der Landesausschuss habe das Gesetz nicht im Voraus durch zu weit gegriffene Ausnahmen annulliren wollen. Wenn der Antrag Kallenecker angenommen werde, so

könnten z. B. alle Fleischer ihre Hunde steuerfrei behalten, und doch seien die Fleischerhunde nicht nothwendig, in Frankreich z. B. behelfe man sich ohne sie, und es werde dadurch nur der Thierquälerei Vorhub geleistet. Gegen Margheri, der auf Constantinopel hingewiesen, wo unbedingte Hundefreiheit besteht, bemerkt Dr. Bleiweis, daß dort eben auch durch den freien Verkehr des Hundesgeschlechts der nächste Grund zur Wuthkrankheit wegfalle. Er verteidigt die vom Landesausschuss beantragte Ausnahme für „einschichtige Gehöfte“ mit der Abänderung in „Besitzungen.“ Der Antrag des Abg. Margheri fällt bei der Abstimmung, und es bleibt auch der Antrag Kallenecker in der Minorität. Der Antrag des Landesausschusses wird mit den beantragten stilistischen Abänderungen angenommen.

Dr. Kallenecker beantragt schließlich einige lediglich stilistische Aenderungen an dem Gesetzentwurfe, welche nach einer Verwahrung des Dr. Toman gegen ein aus diesem Verfahren abzuleitendes Präcedens angenommen werden. Das Gesetz über die Einführung einer Hundesteuer wird schließlich in der dritten Lesung genehmigt.

Abg. Kofz referirt über die Einführung von Gemeindetagen.

Dr. Toman stellt den Antrag, das Decret dem Ausschusse für die Landtagswahlordnung zuzuweisen. Der Antrag wird angenommen.

Es kommen die Anträge des Petitionsausschusses zur Verhandlung.

Abg. Pinter referirt über das Ansuchen der Gemeinde Laferbach um Zuthellung zum Gerichtsprengel von Laas mit dem Antrage, das Ansuchen wegen innerer und äußerer Mängel dem Gesuchsteller zurückzustellen. Angenommen.

Abg. Svetec referirt über das Steuernachlaß- und zugleich Zustriftungsgesuch des Marinka und Consorten von Aich und beantragt, dasselbe, als in den Bereich der Executive gehörig, der k. k. Finanzverwaltung abzutreten. Angenommen.

Abg. Langer referirt über das Gesuch des k. k. Bezirksrichters Franz Smahen um eine Remuneration wegen besorgter Grundentlastungsgeschäfte und stellt den Antrag auf Abweisung. Angenommen.

Nachdem somit die Tagesordnung erschöpft ist, schließt der Präsident die Sitzung, indem er die nächste auf Morgen 28. d. festgesetzt, mit folgender Tagesordnung:

1. Regierungsvorlage über das Gesetz enthaltend eine Abänderung der Bestimmungen der Landtagswahlordnung für Krain, betreffend die Ausschließung von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage.
2. Regierungsvorlage, betreffend den Fall, wenn ein Landtagsabgeordneter zu einer Strafe verurtheilt wird oder in strafgerichtlicher Untersuchung sich befindet.
3. Regierungsvorlage, wodurch § 6 der Gemeindeordnung für Krain vom 17. Febr. 1866 abgeändert wird.
4. Regierungsvorlage, wodurch die Gemeindeordnung für die Stadt Laibach vom 9. Juni 1850 abgeändert wird.
5. Rechenschaftsbericht des Landesausschusses.
6. Bericht über den Wahlact von Adelsberg-Oberlaibach-Laas.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

Oesterreich.

Prag, 26. August. (Der Landtag) wird die Czechen zum Erscheinen auffordern.

Friest, 26. August. (Delegationen. — Reduction der Marine.) Die Delegationen werden noch vor dem Zusammentritt des Reichsrathes eine Session haben; vermuthlich also Anfangs October, da der Rest des August und der ganze September von den Landtagen beansprucht werden wird und der Reichsrath vor Ende October wieder eröffnet werden soll. In Bezug auf die Delegationen meint das ungarische Ministerium, dieselben hätten sich diesmal in Pest zu versammeln, während das österreichische Ministerium die Ansicht vertritt, der alternirende Sitz Wien = Pest habe je für ein Jahr Geltung und die Delegationen würden mithin erst 1869 in Pest tragen. — Das Marine-Obercommando hat die Auflösung von vier Compagnien des Marine-Zusanterie-Regiments und von sechs Compagnien des Matrosencorps angeordnet. Die Reduction der Marinetruppen hat sofort in Wirksamkeit zu treten und es werden in Folge derselben verschiedene Dislocationswechsel im Bereiche der Marine nothwendig.

Schwarz in Tirol, 24. August. (Gegen die Allocution.) Der hiesige Constitutionelle Verein hat nachstehende Vertrauens-Adresse an die hohe Regierung gerichtet: „Der gefertigte Verein hält treu und unverbrüchlich zur Verfassung und zu den im Wege derselben zu Stande gekommenen Gesetzen; er bejaht deshalb, die durch die päpstliche Allocution geschehene Einmischung in die souveräne Gesetzgebung des Staates als einen ganz unberechtigten Uebergriff erklären zu müssen; er bewahrt der gegenwärtigen Regierung Sr. k. k. apostolischen Majestät das vollste Vertrauen und verspricht, dieselbe im energischen, fortschrittlichen Wirken auf der betretenen Bahn nach Kräften zu unterstützen.“

(N. S. Pr.)

Pest, 26. August. (Das Wehrgesetz) wurde vom Kaiser sanctionirt.

Ausland.

London, 26. August. (Die Auflösung des Parlamentes) findet am 9. November, die Eröffnung des neuen Parlamentes am 10. December statt.

Von der türkischen Grenze, 16. August. (Unruhen.) Während meiner letzten Anwesenheit in Montenegro war ich Zeuge von der Aufregung, welche sich der Bewohner des kleinen Landes auf die jüngsten Nachrichten aus Scutari hin bemächtigte. Obgleich der Zernagorce, dem griechisch-orientalischen Ritus angehörend, dem Katholiken ebensowenig als dem Türken Freund ist, ist der Sohn der schwarzen Berge trotzdem stets ein bereitwilliger Bundesgenosse im Kampfe gegen den letzten, den gemeinsamen Religionsfeind. Und so war er auch diesmal gleich zur Hand. Die Ursache des Conflictes dürfte Ihnen wohl nicht neu sein. Die mohamedanischen Miriditen haben Ende vorigen Monats den Leichnam Bib-Doda's, Fürsten der katholischen Miriditen, beschimpft und das seiner Gruft beigelegte Kreuz entweiht. Seit dieser Zeit herrscht unter der christlichen Bevölkerung ein grimmiger Haß gegen die Mohamedaner, welcher in Scutari heute zu kleineren Raufereien führte. Gegen Mitte d. M. arteten diese jedoch schon zu größeren Kämpfen aus, umso mehr als die Christen bisher auch keine genügende Satisfaction erlangen konnten. Ueber Reclamation des französischen Consuls versuchte es der Pascha von Scutari, die Aufregung unter den Christen wohl dadurch zu beschwichtigen, daß er am 31. Juli den Leichnam Bib-Doda's mit allen Ehren neuerdings beerdigen ließ. Hiedurch zog er sich aber den Haß der Mohamedaner zu in dem Grade, daß er für den Statthalterposten in Scutari gänzlich unmöglich geworden. Seine eigenen Untergebenen machten mit der mohamedanischen Bevölkerung gemeinsame Sache. Die Sache in Scutari steht jetzt sehr schlimm und die türkische Regierung sieht sich in großer Verlegenheit wegen eines passenden Nachfolgers für Ismael Pascha auf dem Posten dieses Sandschaks. Die Einmischung des französischen Consuls, der sich als Beschützer der katholischen Bewohner jener Gegend zu sehr exponirt, macht die Verlegenheit der türkischen Regierung nur noch größer. Oesterreich hält sich dabei in vorsichtiger Reserve und sucht begütigend einzuwirken. Unter solchen Umständen wird die Haltung des Fürsten von Montenegro für die Herstellung der Ordnung im Miriditenlande von maßgebendem Einfluß sein. Nikolaus I. ist ehrgeizig und möchte gerne eine wichtigere Rolle spielen, als ihn von den nachbarlichen Großmächten zugemuthet wird. Rußland hat er unter allen Umständen an seiner Seite, sobald er gegen die Pforte losschlägt. Er hätte dies auch wohl schon längst gethan, wenn nicht der französische und österreichische Einfluß seine Kampfeslust zügelte. An Veranlassung würde es ihm nicht fehlen. Steht er doch schon seit Jahren mit der Pforte in Unterhandlung wegen der Schleifung von Spasch und der Blockhäuser. Sein Abgesandter Pero Pejovich meldete wiederholt die Erfolglosigkeit seiner Mission. Dies veranlaßte Fürst Nikita bekanntlich während der Industrie-Ausstellung zu einer Reise nach Paris, um in den Tuilerien persönlich nach Unterstützung zu suchen. Bis jetzt waren die politischen Constellationen von montenegrinischen Ansprüchen jedoch nicht günstig. Zumal seit der Katastrophe in Belgrad zeigt man sich in Constantinopel wo möglich noch schroffer. Die Vorgänge in Scutari werden ohne Zweifel den Grund abgeben, daß Nikita seine Forderungen erneuert. Möglich, daß er jetzt das ganze Gebiet von Scutari verlangt, welches einst seinem Urahnen Cernojevic gehörte. Bei waghalsigen Unternehmungen, besonders wo es viel zu erwerben gibt, wird er seine Montenegriner stets an seiner Seite finden. (Deb.)

Tagesneuigkeiten.

— (Advocaten-Ernennungen.) Wegen Befreiung von drei vacanten Advocatenstellen in Wien hat die Advocatenkammer bekanntlich das Verzeichniß aller derjenigen Concipienten eingereicht, die nach dem mit 1. Jänner 1869 in Wirksamkeit tretenden Gesetze über die Freigabe der Advocatur schon jetzt zur Ausübung der Advocatur berechtigt erscheinen. Das Oberlandesgericht hat, dieses Votum restringirend, 43 Candidaten mit einer zehnjährigen Gesamtpraxis zur Ernennung in Vorschlag gebracht, und steht die Entscheidung des Justizministers nahe bevor.

— (Asiatische Expedition.) In den Oesterreich befreundeten Kreisen Englands herrscht große Theilnahme für die asiatische Expedition. Herr Sommersel-Beaumont hat den Leiter des handelspolitischen Theiles der Expedition, Hofrath von Scherzer, davon verständigt, daß nebst der Anglo-österreichischen Bank mehrere der hervorragenden Firmen Englands, welche in directen Beziehungen mit China und Japan stehen, sich bereit erklärt haben, Empfehlungsbriefe an ihre Geschäftsfreunde auszufertigen, damit die österreichischen Vertreter der Industrie und des Handels dort eine möglichst zuvorkommende Aufnahme finden und alle gewünschten Auskünfte erlangen. Auch Lord Stanley soll sich erboten haben, den Leiter des handelspolitischen Theiles der Expedition von Seite des Foreign-Office

an die britischen Gesandten und Consuln auf das Wärmste zu empfehlen und dieselben dahin zu instruiren, daß sie der österreichischen Expedition in jeder Weise förderlich sein mögen.

— (Zum Preßproceß der „Politik.“) Das Oberlandesgericht hat über Berufung des Redacteurs der „Politik“, Nedoma, gegen die in erster Instanz gefällten Urtheile: Das auf vierzehn Monate Kerker und 1500 Gulden Cautionsverlust lautende Urtheil auf achtzehn Monate Kerker und 2000 Gulden Cautionsverlust, ferner die auf vier Monate Kerker und 1200 Gulden Cautionsverlust ausgesprochene Strafe auf achtzehn Monate Kerker und 1500 Gulden Cautionsverlust verschärft, endlich das in erster Instanz auf achtzehn Monate Kerker und 2000 Gulden Cautionsverlust lautende Urtheil bestätigt.

— (Civilehe in Tirol.) In Bregenz hat sich jetzt ebenfalls ein Ehepaar durch das Bezirksamt mittelst Affigirung der betreffenden Kundmachung im Magistratsgebäude aufbieten lassen.

— (Ueber die adriatischen Auster.) schreibt „Unsere Zeit“: Die Adria ernährt sehr geschätzte Austernsorten. Allen voran steht die Triester Pfahlauster, sie kommt aus der Bucht von Muggia gegen Duino, ist aber sehr selten, daher so theuer und gesucht, daß der Fremde sie schwerlich zu lösen, sondern dafür die ordinären der Lagunen von Morgo und Grado vorgezogen bekommt. Die grünen Auster von Murano, die Pfahlauster der Buchten, wie Sistiana, Capodistria, Porto Caliori, Valle Sagrado, Bajona, die Bänke unter dem alten Schlosse Duino auf Felsengrund, das Lagogrande auf Medela und vieler kleiner Estuarien und Buchten werden von der Gölde der „Ostreganti“ ausgenutzt. Die edelste, durch Größe und Wohlgeschmack ausgezeichnete Auster des adriatischen Meeres ist diejenige von Carin bei Novigradi im Bezirke Zara, die schlechteste jene der Görzer Küste, Tergio genannt, mit schwarzem Riemenrand, daher nicht beliebt und schwer verkäuflich.

— (Charlotte Birch-Pfeifer) ist am 25. d. M. zu Paris gestorben.

Locales.

— (Eine Rathsecretärstelle) mit dem Gehalte von 840 fl., dann eine Officialstelle mit jährlichen 630 event. 525 fl. sind beim Grazer Landesgerichte zu besetzen. Bewerbungen sind binnen 14 Tagen einzubringen.

— (Theater-Personale der nächsten, am 16. September beginnenden Saison.) Die Herren: Ander, erster Tenor; Paulicz, zweiter Tenor; Götzlicher, Bariton; Köhner, erster Bass; Pichon, Bassbuffo; Ferd. Müller, Kapellmeister. Die Fräulein: Josefina Pichon, erste dramatische Sängerin; Jellinek, Coloratursängerin; Fleischer, Altpartien; Jessita, Operetten- und Localsängerin. Die Herren: Bergmann, Held und Liebhaber; Stefan, Intrigant und Charakter; Müller, Gesangscomiker; Wahr, Liebhaber und komische Partien. Die Fräulein: Olga v. Stefani, Heldin und tragische Liebhaberin; Anna v. Solms, jugendliche Liebhaberin; Conradin, muntere Liebhaberin; Wahr, komische Alte. Frau Schmidt, Salondame. Neun Herren und acht Damen im Chor.

— (Zur Hundesteuer.) Gestern Nachmittag begab sich die Frau des hier bekannten Eitherschlägers St. mit ihren Kindern nach Klein, um dort zu waschen. Als sich die Familie auf dem Heimweg begab, gegen 5 Uhr Abends, fiel ein angeblich dem dortigen Gasthausbesitzer vulgo Nikolaus gehöriger bairischer Fasanghund eines der Kinder an und verlegte ihm Biße in das linke Bein und den Nacken, so daß es blutete.

(Blitzschlag.) Am 18. August l. J. um 1/2 6 Uhr Morgens schlug, wie bereits gemeldet, der Blitz in das Schloßgebäude zu Sittich. Wir erfahren darüber noch folgendes: Der Strahl fuhr durch die Wohnung des l. l. Bezirksrichters Johann Kerzner, verlegte dessen im Bette liegenden Sohn am Halse und am rechten Arme, fuhr weiter durch die Gerichts- und Steueramtskanzleien in die neben der Einfahrt befindliche Dienerswohnung, wo die Magd des Gerichtsdieners zu Boden geworfen und erheblich verletzt wurde.

Aus den Landtagen.

Aus dem nun in der „Tr. Ztg.“ vollständig vorliegenden Berichte über die zweite Sitzung des dortigen Landtages vom 25. d. M. führen wir nachträglich noch die wichtigsten Daten an. Der Rechenschaftsbericht für die Zeitperiode seit 1866 wurde vorgelegt. Unter diejenigen Gegenstände, deren Erledigung von Seite der betreffenden Behörde bisher nicht erfolgte, gehört der Vorschlag zu einer gleichmäßigen Vertheilung der Militär-Unterkunfts- und Durchzugs-Auslagen unter sämtliche Gemeinden des Kaiserstaates. Der Landesauschuß erbittet sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes die Ermächtigung, den Vorschlag erneuern zu dürfen. In Folge des mit Stimmeneinheit gefaßten Landtagsbeschlusses, betreffend die Gründung einer mit dem Charakter einer Universität versehenen politisch-legalen Facultät mit ausschließlich italienischer Unterrichtssprache hat der Landesauschuß im Einvernehmen mit den benachbarten, gleichmäßig bei dieser Angelegenheit interessirten Provinzen ein dringendes und ausführlich begründetes Gesuch an das Ministerium gerichtet. Da aber noch keine Erledigung erfolgt ist, andererseits die neuen constitutionellen Gesetze die Gleichberechtigung sämtlicher Nationalitäten des Kaiserstaates und folglich auch ihrer Sprachen verkünden, so beantragt der Aushchuß, daß das Gesuch durch den Landtag neuerdings vorgelegt und dessen Erledigung betrieben werden solle. Unerledigt blieben ferner die Frage wegen des Rechtes der Besetzung des Postens eines Directors im städtischen Krankenhause, unbeeidigt die Arbeiten der Commissionen zur Berichterstattung über die historischen Rechte der Gemeinde Triest und Abänderung des Statutes — über die Regulirung der Grenzen des Stadtgebietes — über das Verbot des Waffentragens für Handarbeiter. Unter den Vorlagen finden wir einen Antrag, daß die Führung der Geburts-, Heirats- und Sterberegister der Municipalbehörde übertragen werde, und einen Antrag zur Abänderung des Statutes für die Triester Territorialmiliz. Nach Verlesung dieses Berichtes werden von Herrn Hermet und Genossen zwei Anträge eingebracht, von denen der erste die Ernennung einer Commission zur Untersuchung und Berichterstattung über die hiesigen Vorfälle vom 12. bis 16. Juli und der zweite die Ernennung einer Commission zur Prüfung der neuen Staatsgrundgesetze und ihrer Einflußnahme auf die speciellen Verhältnisse Triests bezweckt. Beide Anträge werden nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Pitteri, Hermet, Pascolini und Conti betheiligen, fast einstimmig angenommen. Nur schließen sich bei der Abstimmung über den ersten Antrag die 5 Abgeordneten des Territoriums aus. Das Haus schreitet hierauf zur Bildung der verschiedenen Commissionen und schließt die Sitzung um 110 Uhr. In die Commission zur Prüfung der historischen Rechte wurden gewählt: Dr. Vaseggio, Stephan von Conti, Dr. Machlig, Dr. Gregorutti, Dr. Picciola. In die Commission für Revision des Statutes in Bezug auf die zwei Regierungsvorlagen wurden gewählt: Dr. v. Vaseggio, Machlig, Baron Pascolini, Bazzoni und Dr. Ruzatto. In die Commission zur Prüfung der letzten Ereignisse und der Verwendung der Territorialmiliz wurden gewählt: Machlig, Dr. Gregorutti, Mauroner, Dr. Angeli, Hermet. In die Commission zur Prüfung der Staatsgrundgesetze in ihren Beziehungen zu Triest und Stellung der bezüglichen Anträge wurden gewählt: Dr. Picciola, Dr. Angeli, Dr. Gregorutti, Hermet und Dr. Machlig.

Wien, 26. August. Dr. Joseph Kopp und Genossen stellen den Dringlichkeitsantrag: 1. Die Landesordnung und Landtagswahlordnung sind zu revidiren. 2. Mit der Revidirung ist ein Aushchuß von 11 Mitgliedern zu betrauen, von welchen 6 aus den Gruppen und 5 aus dem ganzen Hause zu wählen sind. Dr. Josef Kopp motivirt die Dringlichkeit mit der Wichtigkeit und dem großen Umfange der Arbeit. Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit anerkannt. Dr. Granitsch bekämpft den zweiten Punkt des Antrages und wünscht, der Antrag möge dem Gemeinde- und Ver-

fassungsaushchuß zugewiesen werden. Würde man einen eigenen Aushchuß wählen, so würde damit der in der letzten Sitzung gefaßte Beschluß umgestoßen. Der Gemeinde- und Verfassungsaushchuß sei von vornherein dazu bestimmt worden, daß ihm Verfassungsangelegenheiten zugewiesen werden. Auch die Opportunität spreche für die Zuweisung an den Gemeinde- und Verfassungsaushchuß, da demselben bereits die Regierungsvorlage, betreffend einzelne Abänderungen der Landesordnung, zugewiesen sei. Er stelle deshalb den Antrag, die Revision der Landesordnung und Landtagswahlordnung dem Gemeinde- und Verfassungsaushchuß zuzuweisen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Granitsch angenommen. Es kommt hierauf eine lange Reihe von Vorlagen des Landesauschusses zur Verlesung, welche den verschiedenen Ausschüssen zugewiesen werden. Abg. Sprinzer und Genossen bringen den Antrag ein, es sei der landwirtschaftliche Aushchuß zu beauftragen, die vor kurzem mit 14.000 Unterschriften versehene Petition, welche die weinbauende Bevölkerung Nieder-Oesterreichs der hohen Regierung überreichte und in welcher um Niederlegung einer Enquete-commission zur Prüfung der Mittel, wie der Weinbau Nieder-Oesterreichs zu heben ist, gebeten wird, zu unterstützen. Es wird zur Tagesordnung geschritten, welche kein allgemeineres Interesse hat. Nächste Sitzung unbestimmt.

Telegraphische Wechselcourse vom 27. August.

Spec. Metalliques 58. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Rufen 58.20. — Spec. National-Anlehen 62.25. — 1860er Staatsanlehen 83.90. — Bankactien 728. — Creditactien 210.90. — London 114.70. — Silber 112.75. — R. l. Ducaten 5.43.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wiener Commercialbank. Die „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theile: Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung hat das Ministerium des Innern, einvernehmlich mit den übrigen betheiligten Ministerien, dem Herrn Louis Rogel, Präsident der Banque Commerciale Gênoise und Verwaltungsrath der Wiener Tramway-Gesellschaft, im Vereine mit dem Großhandlungshause M. S. Weitersheim und Comp. die Bewilligung zur Gründung einer Actiengesellschaft in Wien unter dem Namen „Wiener Commercialbank“ ertheilt.

Angekommene Fremde.

Am 25. August.

Stadt Wien. Die Herren: Mihailovic, Privatier, von Belbes. — Rußbaum, Kaufm., und Dr. Kun, l. l. Sectionsrath, von Wien. — Rosler, Privatier, von Triest. — Eugenheim, von Bellinzano. — Gamsberger, l. l. Post-Secretär, von Sagor. — Dr. Olivo, von Görz. — Redleton und Janusz, von London. **Elefant.** Die Herren: Mutschlechner, Kaufm., von Innsbruck. — Frankenberg, Handelsreis., und Duzl, Juwelier, von Wien. — Rosmann, Pfarrer, Fibronz, und Kerzinski, Privatier, aus Untertraun. — Godevar, l. l. Postmeister, von Gurktal. — Dellewa, Gutsbes., aus Steiermark. — Mihl, und Sagor, Kaufm., von St. Bartholmä. — Ab, Kaufm., von Triest. — Krips, Kaufm., von Warasdin. — Schneyer, Gitterdirector, von Gonoibis. — Die Frauen: Sonns, Gastwirthin, von Steinbüchl. — Ddy, Operettensängerin, von Agram. **Bairischer Hof.** Die Herren: Dr. Scandalora, Ingenieur, von St. Peter. — Kandler, Bahnbeamte, von Steinbrunn. — Dr. Kerstein, l. l. Bezirksrichter, von Adelsberg. **Kaiser von Oesterreich.** Die Herren: Küller, von Ratfischach, von St. Veit. — Czerni, Bostri, Agent, und Zaccaria, l. l. Fregattencapitän, von Triest. **Sternwarte.** Die Frauen: Heß, von Mötting. — Moscheg, Gutsbesitzergattin, von Planina. **Mohren.** Die Herren: Frenschinig, Studirender, von Graz. — Fischbacher, von Lippiza, Schutte, von Wimmel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag in Pariser Linien
27.	10 u. Abg.	328.92	+ 8.8	windstill	dichter Nebel	0.00
28.	2 „ N.	328.41	+ 16.8	N. schwach	3. Fälsche bew.	
29.	10 „ Abg.	328.39	+ 10.8	N. schwach	sternenhell	

Nachts heiter. Morgennebel, wechselnde Bewölkung, Abends ganz heiter. Kühle Witterung. Das Tagesmittel der Wärme um 2-3° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 26. August. Die Börse war etwas matter und Fonds und Actien eine Kleinigkeit billiger. Devisen und Valuten eher feiser. Geld minder flüssig. Umsatz ohne Belang.

Oeffentliche Schuld.				Geld Waare				Geld Waare				Geld Waare			
A. des Staates (für 100 fl.)															
In d. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	Geld	Waare		Böhmen	zu 5%	92.—	92.50	Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. C.M.	208.75	209.—		Palffy	zu 40 fl. C.M.	33.50	34.50
deito v. J. 1866	55.80	55.90		Mähren	„ 5 „	89.50	90.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	151.50	152.—		Clary	„ 40 „	32.50	33.50
deito rückzahlbar (1)	59.10	59.20		Schlesien	„ 5 „	88.—	88.50	Deft. Don.-Dampsch.-Ges. 500 fl. C.M.	530.—	532.—		St. Genois	„ 40 „	31.—	32.—
Silber-Anlehen von 1864	94.—	94.50		Steiermark	„ 5 „	87.—	88.—	Oesterreich. Lloyd in Triest 500 fl. C.M.	240.—	242.—		Windischgrätz	„ 20 „	20.—	21.—
Silberanl. 1865 (Frcs.) rückzahlb. in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	69.—	70.—		Ungarn	„ 5 „	76.50	77.—	Wien-Dampsch.-Actg.	370.—	380.—		Baldstein	„ 20 „	21.—	22.—
Nat.-Anl. mit Zins-Coup. zu 5%	71.—	72.—		Lemmerer-Banat	„ 5 „	73.—	73.50	Bester Kettenbrücke	438.—	442.50		Keglevich	„ 10 „	14.50	15.50
Apr.-Coup. „ 5 „	62.20	62.30		Croatien und Slavonien	„ 5 „	75.—	76.—	Anglo-Austria-Baut zu 200 fl.	164.75	165.—		Rudolf-Stiftung	„ 10 „	14.75	15.25
Metalliques „ 5 „	62.15	62.20		Galizien	„ 5 „	66.50	67.—	Lemberg Czernowitzer Actien	187.50	187.75					
deito mit Mai-Coup. „ 5 „	58.20	58.30		Siebenbürgen	„ 5 „	71.75	72.—	Verficher.-Gesellschaft Donau	256.—	258.—					
deito „ 4 1/2 „	52.50	52.75		Bukovina	„ 5 „	66.—	66.50								
Mit Verlos. v. J. 1839	169.—	169.50		Ung. m. d. B.-C. 1867	„ 5 „	73.—	73.50								
„ „ „ 1354	77.75	78.—		Lem. B. m. d. B.-C. 1867	„ 5 „	71.75	72.25								
„ „ „ 1860 zu 500 fl.	84.—	84.10													
„ „ „ 1860 „ 100 „	92.25	92.50		Actien (pr. Stüd.)				Pfandbriefe (für 100 fl.)				W e c h s e l . (3 Monate.)			
„ „ „ 1864 „ 100 „	96.20	96.30		Nationalbank		727.—	729.—	Nationalbank auf d. W. verlosb. 5 „	98.10	98.30		Augsburg für 100 fl. subd. W.	95.15	95.40	
Como-Rentenfch. zu 42 L. ausl.	23.50	24.—		Kaiser Ferdinands-Nordbahn		1855.—	1860.—	Ang. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	92.—	92.50		Frankfurt a.M. 100 fl. detto	95.30	95.60	
Domainen Spec. in Silber	105.75	106.—		zu 1000 fl. d. W.		211.90	212.—	Ang. 8 fl. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	101.25	102.75		Hamburg, für 100 Mark Banco	83.75	84.—	
B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Entf.-Oblig.				Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.		635.—	637.—					London für 10 Pf. Sterling	114.50	114.75	
Niederösterreich	zu 5%	85.75	86.25	N. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. d. W.		245.—	245.20	Loose (pr. Stüd.)				Paris für 100 Franks	45.35	45.40	
Oberösterreich	„ 5 „	88.—	89.—	Statenfisc.-Ges. zu 200 fl. C.M. oder 500 Fr.		161.75	162.—	Cred.-A. l. P. u. G. 3. 100 fl. d. W.	136.—	136.50					
Salzburg	„ 5 „	87.—	88.—	Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. C.M.		148.—	148.25	Don.-Dampsch.-G. 3. 100 fl. C.M.	93.—	93.50					
				Silb.-nordb. Ver.-B. 200 „		182.80	183.—	Stadtgem. Ofen „ 40 „ d. W.	31.—	32.—					
				Silb.-St.-L.-Ver. n. 3. 200 fl. d. W. oder 500 Fr.				Eferhazy zu 40 fl. C.M.	168.—	172.—					
								Salin „ 40 „	37.—	38.—					